

In den neuen Bundesländern fürchtet man die DDR-Endzeit zurückkommen

Der Autor lebt zum Teil in den neuen Bundesländern und steht deshalb in täglichem Gespräch mit Bürgern, welche auch die Zeit vor der Wiedervereinigung erlebt haben.

In den neuen Bundesländern sind die Leute empfindlicher gegen Freiheitseinschränkungen und Staatsbefehle, weil sie das alles schon einmal erlebt haben. So ist es nicht zufällig, dass die Querdenkerdemonstrationen, die Anti-Corona-Demonstrationen und das Aufbegehren gegen die linke Meinungsdictatur in den neuen Bundesländern mehr Resonanz und mehr Widerhall finden als im satten und von Multikulti bestimmten Westen.

„Es breitet sich wieder eine Angst- und Unzufriedenheitsstimmung aus, wie wir es vor der Wiedervereinigung erlebt haben“, meinte mein Neffe, der damals den christlichen Aufstand gegen die sozialistische Diktatur mitgetragen hat. Die alten Freiheitskämpfer gegen die DDR sehen eben heute auch mehr Parallelen zur damaligen Zeit als wir dekadenten „Wessis“:

- Wir werden heute von einer Regierung dirigiert, welche das Parlament nicht immer fragt oder erst zu spät und welche sich nun durch die Änderung des Pandemiegesetzes erst nachträglich ein „Ermächtigungsgesetz“ schafft, um in unsere grundgesetzlich garantierten Freiheiten einzugreifen, wie z. B. ob wir aus dem Hause gehen dürfen, ob wir arbeiten dürfen, ob und wo wir nur noch mit Maulkorb herumlaufen dürfen u.a.

Dagegen mobilisiert sich wachsender Widerstand der Menschen. Nicht zufällig ist wieder Leipzig einer der Brennpunkte, in denen die Menschen um ihre persönliche Freiheit gegen die Freiheitsbeschränkungen kämpfen. Und wieder versucht die Regierung, die Ordnungskräfte dagegen zu halten und mobilisiert Gegendemonstrationen. Die Regierungspropaganda geißelt auch völlig unpolitische Freiheitsdemonstrationen sofort als gefährlich und „rechtsradikal“, wenn sie dort eingeschleuste Gewaltgruppen feststellen kann – alles wie gehabt.

Bei der Wiedervereinigung fiel auf, dass die Ostdeutschen im Umgang untereinander und vor allem mit Fremden ängstlich waren. Sie fürchteten sich

vor Denunziation, wenn sie etwas Falsches sagten. Deshalb wurden auch Einladungen möglichst vermieden. Jeder hatte Angst vor Spitzeln.

Auch bei uns wird unter dem Vorwand „Kampf gegen rechts“ denunziert. Rechtsverdächtig ist jeder, der die internationale Verschuldung Deutschlands kritisiert (Verschwörungstheoretiker), den Sinn der NATO bestreitet, gegen die Massenintegration ins Sozialsystem redet oder die von der Regierung verbreitete Corona-Panik nicht ernst nimmt (Corona-Leugner). Selbst der Bundespräsident war sich nicht zu schade, die Soldaten aufzurufen: „rechtsverdächtige Kameraden zu melden“. Gleiches verlangte die Verteidigungsministerin auch von den Soldaten. Die Ärztekammern Berlin und Schleswig-Holstein forderten ihre Mitglieder auf, „coronaleugnende Ärzte“ zu melden. Niedersachsens Ministerpräsident Weil verlangt von uns allen, Freunde und Nachbarn zu denunzieren, wenn diese die von der Regierung befohlenen Corona-Regeln nicht einhalten. Von den öffentlichen Medien wird man inzwischen ausgegrenzt, wenn man die herrschende Öko-Klimahysterie nicht mitmacht.

Die „Ossis“ haben das alles schon einmal erlebt. Kein Wunder, wenn sie eher und allergischer auf Denunziationsvorgaben reagieren als die wohlstandsträgen „Wessies“.

- Die DDR hatte Staatspropaganda. Berichtet und geschrieben wurde nur, was der Partei nützte und im Parteijargon.

In der von einer ehemaligen DDR-Propaganda-Funktionärin geleiteten Bundesrepublik werden jährlich Millionen von Bestechungsgeldern an die Presse gegeben, im letzten Jahr 144 Mio. zuzüglich angeblich 600 Mio. Soros-Gelder „für den Kampf gegen rechts“. Die Medien sind nicht nur der Macht, sondern auch des Geldes wegen auf Regierungskurs. Der Journalistennachwuchs ist bereits mit 92 % politisch rot und grün organisiert. Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe (CDU) meint dazu, außerhalb der Staatsmedien gäbe es inzwischen „keine andere Meinung, keine andere Information. Absolut pervers ist es, dass die öffentlich-rechtlichen ARD und ZDF sich auch noch Preise verleihen für guten Journalismus. Das erinnert an die DDR, wo sich die Mächtigen auch gegenseitig lobten und mit Orden behängten“.

Für Westdeutsche mag dies neu oder noch nicht glaubhaft sein, die „Ossis“ kennen dies schon lange und glauben unserer „Lügenpresse“ schon lange nicht mehr.

- Die DDR hatte früher Zentral-Verwaltungswirtschaft, die Bundesrepublik soziale Marktwirtschaft, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Marktteilnehmer.

Inzwischen aber respektiert die Regierung die Selbstverantwortung der Wirtschaft nicht mehr. Nicht Unternehmer und Gewerkschaften dürfen für Gesundheit im Betrieb sorgen, sondern die Regierung stoppt die gesamte Wirtschaft willkürlich generell ab und verordnet nicht nur zum zweiten Mal ganzen Branchen Absturz (Shutdown), sondern finanziert jetzt mit wachsenden Milliardenbeträgen statt Produktion und Dienstleistung wachsende Arbeitslosigkeit nach Gutdünken. In der DDR musste man noch für sein Geld arbeiten, in der Bundesrepublik gibt es jetzt nicht nur für Zuwanderer, sondern auch für immer mehr Einheimische Geld ohne Arbeit. Das kommt dem Ideal der Grünen immer näher, die eine Arbeitslosengrundrente für alle und ein Verbot von immer mehr von ihnen als schädlich behaupteten Betrieben, Branchen und Wirtschaftszweigen wollen. Wir sind im Westen auch auf dem Wege zu immer stärkerer Verwaltungswirtschaft, zur Herrschaft der Funktionäre über die Betriebe.

- Ein Unternehmer aus Niepars bei Stralsund erzählte mir, dass man gen Ende der DDR den wirtschaftlichen Absturz „gefühlte habe“. Seit Sommer dieses Jahres hätte man das gleiche Gefühl, beginne bei den Unternehmern die Angst um die Zukunft und bei den Mitarbeitern die Angst um ihren Arbeitsplatz hochzukriechen.

Die wirtschaftlichen Probleme haben zum Ende der DDR beigetragen und verbreiten sich jetzt in der ganzen Bundesrepublik wieder. Als am 20. März 2020 der erste Finanzseinbruch an den Börsen die kommende Rezession verkündete, hat die Regierung überflüssigerweise in Deutschland wirtschaftlichen Stillstand (Lockdown) befohlen, was die Rezession beschleunigt hätte, wenn nicht die gleiche Regierung mit hunderten von Milliarden Euro – die EU mit mehr als einer Billion Euro – eine Geldschwemme erzeugt hätte, um den Wirtschaftsabschwung noch bis zur nächsten Wahl hinauszuziehen. Tatsächlich aber haben wir wachsende Arbeitslosigkeit (2,6

Mio.), zu der zusätzlich 0,6 Mio. Kurzarbeiter gehören, und vor allem im Mittelstand so große Finanz- und Umsatzprobleme, dass die Mittelstandsforschung mit mehr als einer Million Konkursen oder Aufgaben im nächsten halben Jahr rechnet. Die Rezession hat also begonnen, auch wenn sie von Regierung und Regierungspropaganda geleugnet wird. Das Gefühl der „Ossis“ ist richtiger.

- Am Schlimmsten scheint mir, dass wir wie in der DDR-Endzeit auch jetzt keine allgemeingültigen tragenden Werte mehr haben. Wir haben die gleiche Auflösung der ethisch-moralischen Grundwerte des Westens erlebt wie früher im Osten. Der schwarze Kardinal Sarah¹ geißelt diesen moralischen Verfall: „Mit der Zeit wird das Problem Europa trotz der ökonomischen Entwicklung immer schlimmer: wissenschaftliche und technologische Fortschritte, materieller Überfluss, die Auflösung jeglicher eigener Identität haben das Abendland blind gemacht, haben es aus dem Gleichgewicht gebracht, haben es stolz, areligiös und atheistisch gemacht. Ein Mensch oder eine Gemeinschaft, die ihre eigenen Wurzeln negiert und ihr eigenes Wesen nicht mehr anerkennt, verleugnet sich selbst Die Selbstzerstörung Europas ist offenbar vorprogrammiert. Das Abendland hasst sich offensichtlich selbst und ist zum Selbstmord bereit. Europa möchte sich allen Kulturen öffnen, ebenso allen Weltreligionen, aber sich selbst liebt es nicht mehr. Es genügt, die Verkümmern der Muttersprache bei den jungen Generationen zu beobachten ...“

„Der Westen vergeudet seine ganze Kraft, in dem erbitterten Streben, sich selbst zu zerstören. Die Verherrlichung einer imaginären Kraft erinnert uns teilweise an die letzten Tage der Sowjetunion. Ohnmächtig stehen wir da und erleben den Übergang von einem menschlichen in ein bestialisches Zeitalter. Zwei Barbareien stoßen aufeinander: Materialismus und Islamismus²“.

Die wachsende staatliche Corona-Manipulierung, der wachsende ideologische Mediendruck, wachsende Denunzierungen und die wachsenden staatlichen Zwangsmaßnahmen bei schwindender Anerkennung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Menschen sind schon immer im Sozialismus Vorstufen

¹ Robert Kardinal Sarah „Herr, bleibe bei uns, denn es will Abend werden!“ Kisslegg 2019

² a.a.O., S. 269

gewesen, die bei wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Protesten, Aufmärschen, Aufständen und zum Zusammenbruch des Systems geführt haben.

Die Vorstufen könnten nun auch bei uns sichtbar sein, wie die Querdenker-Demonstrationen und der rot-grüne „Regierungskampf gegen rechts“ zeigen. Sobald nun auch die vorausgesagte große Weltwirtschaftskrise kommt, könnte es wiederum eine Wende zum Staatssozialismus geben, zur Indoktrinierung der Menschen mit den neuen Angstideologien wie Baumsterben, Atomgefahr, Klimawandel, Umweltzerstörung und Corona-Hysterie.

Ein schwarzer Kardinal ruft uns zum Widerstand gegen die falschen ideologischen Götter aus, die uns nur in Angst treiben wollen, um uns zu beherrschen. Luther hat uns vorgemacht, wie man die Angst durch „die Zuversicht eines Christenmenschen“ beherrscht und seine geistliche, ethische und politische Freiheit gegen „die Macht dieser Welt“ behaupten kann.

Prof. Dr. Eberhard Hamer